

Schöne Welt der neuen Pädagogik

Winfried Holzapfel

Schöne Welt der neuen Pädagogik

„Individuelle Förderung“ und „Inklusion“ – Was ist davon zu halten?

Warum Erziehung?

Erziehung findet statt, weil ein menschliches Wesen, das neu in der Welt ist, großgezogen werden soll. Es soll wachsen, gedeihen, selbstständig werden und produktiv sein.

Erziehung ereignet sich als eine Wechselbeziehung zwischen Erziehenden und Heranwachsenden und enthält ausgesprochen oder unausgesprochen auch eine Abmachung: Erziehung soll dem gegenseitigen Nutzen dienen, wobei sich das Abhängigkeitsverhältnis im Laufe des Lebens ändert und sich das Gewicht der Verantwortung verlagert.

Der Erziehende erwartet Früchte seiner Erziehung als Lohn für seine Erziehungsleistung, zum Beispiel Anerkennung, Dankbarkeit, vielleicht Zuneigung und Unterstützung in späteren Jahren.

Er geht jedenfalls davon aus, dass Erziehung nicht nur dem Heranwachsenden dient bzw. zugutekommt, sondern sich auch für ihn lohnt. Wie der Einzelne, so „denkt“ auch die Gesellschaft: Erziehung und Bildung kommen allen zugute. Bildung schafft Wohlstand, an dem alle teilhaben sollen.

Das Wesen, das erzogen wird, erlebt und genießt sein Werden als Entwicklung seiner Fähigkeiten zur eigenen Lebensgestaltung. Es ist aufgerufen (und sollte sich verpflichtet fühlen), zum Gemeinwohl beizutragen und dieses entsprechend seiner Rolle in der

Gesellschaft mitzubestimmen.



Das Wesen, das erzogen wird, erlebt und genießt sein Werden als Entwicklung seiner Fähigkeiten zur eigenen Lebensgestaltung.

Unabhängig von dieser reflektierten oder unreflektierten Abmachung findet in aller Regel eine emotionale Wechselbeziehung zwischen erziehendem und heranwachsendem Wesen statt, die zu einer engen und lebenslang wirkamen Bindung führen kann, zu

einer Prägung vor aller Vernunft und Reflexion.

So kommt es, dass Erziehung auch dort stattfindet, wo staatliche Strukturen fehlen. Erziehung ist ursprünglich vor-staatlich und bleibt es zu allen Zeiten.

Allerdings sind die modernen menschlichen Gesellschaften als Staaten organisiert. Auch das Familiengefüge ist staatlich durchwirkt, durch Gesetze, Riten und Planung vereinbart, zumindest beeinflusst. Politik, innerstaatlich oder zwischenstaatlich, ist fester Bestandteil der Organisation menschlichen Zusammenwirkens. Bildungspolitik, Schul- und Wissenschaftspolitik nehmen sich wie die Familienpolitik eines bestimmten Bereiches staatlicher Aufgaben an, nämlich der Erziehung, Bildung, Ausbildung und Sozialisation der Heranwachsenden.

Familien – die Ursprungsstätten von Erziehung – sind Glieder bzw. Teilorganisationen innerhalb einer größeren Gemeinschaft, die Ansprüche stellt und nach Regeln geformt ist.

In Deutschland steht die Erziehung unter Aufsicht staatlicher Organe und findet außer in der Familie in staatlichen und privaten Institutionen statt, wobei auch diese der staatlichen Anerkennung bedürfen. Willkürliches Handeln ist ausgeschlossen. Wildes Großwerden ohne Regeln soll es nicht geben. Erziehung schränkt also Freiheiten ein. Erziehung und Erziehungsziele werden gesetzlich vorgeschrieben. In den Landesverfassungen ist nachzulesen, welche Intentionen Erziehung verfolgen soll. In Art. 7 der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen heißt es beispielsweise:

- Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung.

- Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur Verantwortung für Tiere und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.¹⁾

Die Gemeinschaft tritt zum Zwecke des Gemeinwohls mit Forderungen an die Erzieher und an die Heranwachsenden heran. Die Gemeinschaft will, dass die neuen Mitglieder so in die Gemeinschaft eingepasst werden, dass sie darin leben können und ihr Nutzen bringen. Auf dem Weg dahin sorgt die Gemeinschaft für den Nachwuchs. Sie organisiert seine Zukunft. Dabei gilt: „Jedes Kind hat ein Recht auf Achtung seiner Würde als eigenständige Persönlichkeit und auf besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft.“²⁾

Trotz allgemeingültiger Vorschriften, die in Verfassungen und Gesetzen fixiert sind, findet Erziehung aber unter sehr ungleichen Umständen statt. Der Mensch, der „frei und gleich“ geboren wird, wird es nur seiner allgemeinen Natur nach und eher thetisch als faktisch, nicht als Individuum. Der Mensch wird als frei und gleich gedacht, er ist es nie.

¹⁾ Ähnlich, aber nicht gleich die Formulierungen in der bayerischen Landesverfassung (s. Art. 131: Ziele der Bildung). – In der Bremer Landesverfassung sind in Art. 26 die Aufgaben der Erziehung in fünf Punkten festgelegt, im zweiten verlangt sie: „die Erziehung zu einem Arbeitswillen, der sich dem allgemeinen Wohl einordnet, sowie die Ausrüstung mit den für den Eintritt ins Berufsleben erforderlichen Kenntnissen und Fähigkeiten“.

²⁾ NRW-Landesverfassung, Art. 6,1 – Bayern, Art. 125,1: „Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes ... Sie haben Anspruch auf Entwicklung zu selbstbestimmungsfähigen und verantwortungsfähigen Persönlichkeiten.“

Das Baby in seiner nativen Nacktheit hat ja schon seine je eigene Veranlagung und seine speziellen Geburtsumstände, die vieles von dem, zu dem es sich entwickelt, mitbestimmen, von denen es sich später *vielleicht* einmal freimachen kann, aber von denen es eben nicht frei ist.

Der Mensch ist „das, wozu er sich macht“, er ist „das Wesen, das sich selbst entwirft“ – der existenzialistische Ansatz zielt auf die Möglichkeit des Menschen, selbstständige Entscheidungen zu treffen und sich aus eigenem Willen eine eigene Humanität zu geben. In den entscheidenden Fragen der Moralität und Lebensgestaltung, in Fragen dessen, was er sein oder werden will, ist der Mensch für sich selbst die letzte Instanz.

Der Mensch ist aber doch wohl kein x-beliebiges Etwas, sondern ein Wesen (traditionell als „animal rationale“ definiert) von ganz bestimmter Art, ein Wesen, das dazu veranlagt ist, etwas aus sich zu machen. Das, was der Mensch als Charakter-Wesen sein kann, wird er aber erst im Laufe der Zeit. Er hat die Fähigkeit, an dieser Entwicklung selbst mitzuwirken. Er kann sich selbst prägen. Dadurch ist er für das Wesen, das er wird, verantwortlich.

Wenn der Mensch schon am Anfang seines Lebens ein „fertiges Wesen“ wäre, bedürfte es keiner Erziehung. In seiner allgemeinen Menschennatur ist er aber fertig. Das Kind ist nicht weniger Mensch als der Greis. Wir können über ein Baby sagen: „Dieses Baby ist ein Mensch.“ Was für ein Mensch es aber wird, das ist noch nicht entschieden – weder in intellektueller, noch in gesellschaftlicher, noch in sittlicher Hinsicht.

**Der Mensch wird
als frei und gleich gedacht,
er ist es nie.**

Staatliche pädagogische Intentionen zielen dabei traditionell auf das, was den Menschen zum Menschen macht, was Fritz zum Menschen macht, nicht auf das, was Fritz zum Fritz macht.

Wir finden dies beispielsweise ausgedrückt in der Rede vom Lehrer als „Menschenbildner“. Indem er das Individuum fördert,

entwickelt er dessen Menschennatur, er vermittelt ihm eine Allgemeinbildung.

Es geht demnach in der Erziehung um das Wesen des Menschen *als Mensch*, dem Fritz sich nähern soll.

Man spricht vom allgemeinbildenden, nicht individualbildenden Schulwesen. Insofern ist die Betonung der „individuellen Förderung“ – beim Wort genommen: als Förderung der individuellen Anlagen oder des Individuums in seiner unhintergehbaren Einzelheit – eine kopernikanische Wende, um nicht zu sagen: eine *Revolution* in der Schulpolitik. Das zwingt zu einer genaueren Untersuchung dessen, was mit der aktuellen Forderung nach „individueller Förderung“ in der Schule im Einzelnen gemeint ist.

Individuelle Förderung

Wie bei vielen komplexen Themen ist es auch beim Thema „Individuelle Förderung“: Es gibt viele lose Enden, an denen man beginnen kann, das Problemknäuel aufzurollen.

Vielleicht sollte man einfach bei der gewöhnlichen Replik gegenüber der modernten Forderung anfangen, die da lautet: „individuelle Förderung“ habe es immer schon

gegeben. Das sei also nichts Neues. Die Pädagogen bemühten sich seit jeher um die Fortschritte ihrer Schüler – *aller*, nach dem Vermögen eines jeden.

Natürlich könne man sich in allem verbessern, so auch bei der individuellen Förderung, vor allem, wenn sich dazu die Rahmenbedingungen besserten, insbesondere, wenn die Lerngruppen kleiner und die Instrumentarien ausgefeilter würden.³⁾

In dem Postulat der „Individuellen Förderung“ steckt aber mehr als nur Erinnerung und Gemahnung an eine alte, möglicherweise in Vergessenheit geratene pädagogische Praxis, die sozusagen aufpoliert werden müsse. Die Forderung ist radikal gemeint: Sie ist *das* Förderprinzip im gemeinsamen Unterricht der Einheitsschule, in der „einen Schule für alle“.

Am besten erkennt man wohl diesen Neuansatz der Pädagogik, wenn man bei Protagonisten des Themas nachliest, die diesem Postulat vor der realexistierenden Schulwirklichkeit Kontur geben, die also den Wechsel im pädagogischen Denken, der damit gemeint ist, markant beschreiben.

Einer dieser Protagonisten ist *Andreas Schleicher*. Auf einem Bildungskongress in Nordrhein-Westfalen hat er im Jahr 2009 ausführlich über „individuelle Förderung“ und den für nötig erachteten pädagogischen und institutionellen Wandel gesprochen.

Gleich zu Beginn seiner Rede beim 4. *Bildungspolitischen Symposium zur Individuellen Förderung* am 20. Februar 2010 in Essen⁴⁾ beklagte Andreas Schleicher, dass „die tagtägliche Arbeit in den Schulen noch so unendlich weit von dem Ziel individueller Förderung entfernt“ sei. „Wir versuchen die Schüler des 21. Jahrhunderts zu unterrichten, durch Lehrer, die im 20. Jahrhundert ausgebildet, doch seit ihrer Erstausbildung oft im Klassenzimmer allein gelassen wurden, und die in einem Schulsystem und einer Arbeitsumgebung arbeiten, die im Wesentlichen aus dem 19. Jahrhundert stammt.“⁵⁾

Damit ist die angebliche deutsche Rückständigkeit markiert. Schulsystem und Pädagogik sind Schleicher zufolge in trostlosem Zustand. Das kann sich nur ändern durch „individuelle Förderung“. Zurzeit „nutzen wir das Potenzial junger Menschen nicht ausreichend, wenn wir alle mit den gleichen Methoden fördern und außer Acht lassen, dass gewöhnliche Schüler außergewöhnliche Fähigkeiten haben, die es individuell zu finden und fördern gilt“.

Zur individuellen Förderung gehören nach Schleicher fünf Merkmale:

- (1) Individuelle Fähigkeiten erkennen und im Rahmen objektivierbarer Standards fördern,
- (2) (zu wissen:) Gewöhnliche Schüler haben außergewöhnliche Fähigkeiten,
- (3) (umzustellen:) von einem Lehrplan für alle zu einem Lehrplan für jeden,

³⁾ Ein gutes Beispiel dafür bietet der Bayerische Kultusminister Spaenle, der bei starker Bejahung der individuellen Förderung zugleich der Einheitsschule eine klare Absage erteilt hat. Dass das fortschrittlichen Kräften nicht weit genug geht, versteht sich von selbst; denn Spaenle verlässt im Grunde nicht die konventionellen Bahnen eines gegliederten Schulwesens und verfehlt damit den Anspruch dessen, was „individuelle Förderung“ im Sinne der Protagonisten meint.

⁴⁾ Veranstaltet von der damaligen NRW-Landesregierung unter Jürgen Rüttgers.

⁵⁾ Schleichers Rede kann man im Internet nachlesen unter: http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Foerderangebote/Symposium_Uebersicht/Schleicher/index.html

- (4) radikales Umdenken in der Organisation von Schule,
- (5) Synergien (der unterschiedlichen Bildungs- und Sozialeinrichtungen) nutzen.

Besonders an Punkt 3 lässt sich die Wende im pädagogischen Denken ablesen.

Das neue Denken erwartet eine solche Zuwendung zum Individuum, dass es einen „Lehrplan für jeden“ fordert, was so viel bedeutet wie: für einen jeden ein eigenes Lerntempo, eigene Aufgabenstellungen, eine eigene Lernumwelt herzustellen und einem jeden den persönlichen Motivations Schub zu verschaffen, der ihn zu einem intrinsisch motivierten Lernenden macht.

Das wird für möglich erachtet, weil bei diesem pädagogischen Ansatz der Lehrer als Lernbegleiter die individuellen Stärken des Schülers diagnostiziert hat, wodurch optimale Voraussetzungen für dessen Lernentwicklung geschaffen worden sind.

Inklusion

Noch klarer wird die Wende im pädagogischen Denken, wenn man mit dem Postulat der „Individuellen Förderung“ die Forderung nach „Inklusion“ verknüpft. Die „inklusive Pädagogik“ fordert den gemeinsamen Unterricht von Menschen mit und ohne Behinderungen, sie fordert ein gemeinsames Heranwachsen und die Erziehung aller in den (im Gegensatz zu den Sonderschulen sogenannten) Regelschulen im gemeinsamen Unterricht.

Jedem wird sofort klar, dass sich hier eine Veränderung großen Ausmaßes ankündigt. Die inklusive Pädagogik, für die es spezielle Universitätslehrstühle gibt, beruft sich dabei auf die Menschenrechte. Sie sieht in

einer Pädagogik, die nicht inklusiv ist, eine Verletzung der Menschenrechte. Sie bittet also nicht um eine Aufhebung der Sonderbehandlung behinderter Menschen, weil diese dann besser gefördert werden könnten, sondern sie sieht in dieser Sonderbehandlung eine falsche pädagogische und gesellschaftliche Weichenstellung, die Menschen von Geburt an diskriminiert.

Die Aufhebung der getrennten Erziehung von behinderten und nicht behinderten Menschen ist also die unhintergehbare Bedingung, wenn Pädagogik überhaupt menschenwürdig sein soll oder will.

Das gibt der Forderung nach „Inklusion“ ihre Wucht und in gewisser Weise auch eine Dynamik, der man sich schwer entgegenstellen kann.

Von diesem Druck ist inzwischen auch die Politik erfasst, und in den Landtagen mehrten sich die Forderungen nach dem Ausbau der „Individuellen Förderung“ und der Ruf nach „Inklusion“.

Insbesondere hat auch der *Bertelsmann-Konkern* für die inklusive Schule Partei ergriffen. In einem Hochglanzfaltblatt macht er Werbung dafür.⁶⁾ Dort heißt es unter der Überschrift: „Gemeinsam lernen – mit und ohne Behinderung“: „Immer mehr Schulen in Deutschland entwickeln sich zu inklusiven Bildungsstätten. Ein Gewinn auch für nicht behinderte Kinder!“

Durch die UN-Behindertenrechtskonvention von 2009, so heißt es, habe die Inklusion „eine klare Relevanz“ bekommen: „Das deutsche Schulsystem muss inklusiv werden.“ Eine Aufgabe, die alle Beteiligten – „nicht zuletzt durch systembedingte Wider-

⁶⁾ PodiumSchule 1.10, Bertelsmann-Stiftung.

sprüche“ – vor große Herausforderungen stelle. „Als erstes müssen Voraussetzungen für den gemeinsamen Unterricht geschaffen werden. Dazu gehört unter anderem, Lehrkräfte für die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen auszubilden, die Personalstruktur an inklusiven Schulen auszubauen und die Einzelschulen je nach Bedarf behindertengerecht zu gestalten.“ Der einleitende Artikel schließt mit dem Satz: „Zeit also für ein chancengerechtes und leistungsstarkes Schulsystem. Zeit für Inklusion.“

Bei der Fokussierung auf den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen ist verständlich, dass „individuelle Förderung“ als Unterrichtsprinzip ganz groß geschrieben wird. Zwar lernt man gemeinsam, aber auf eine je eigene und andere Art, mit unterschiedlicher Auffassungsgabe, mit unterschiedlicher Sinneskraft und Aufnahmefähigkeit. Der Unterricht richtet sich ganz nach der Heterogenität der Schülerschaft. Da ein gemeinsamer Level nicht mehr vorausgesetzt werden kann oder sogar darf, ist auch eine gemeinsame Belehrung, ist narrativer oder fragend-entwickelnder Frontalunterricht als Methode nicht mehr angebracht. Unterricht besteht zwangsläufig in einem Arrangement einzelner Lernwege. Die Gemeinsamkeit besteht nicht im Lernen, sondern im Zusammensein.

In den in der Hochglanzbroschüre vorgestellten, mit dem Jakob-Muth-Preis ausgezeichneten inklusiven Bildungseinrichtungen verläuft das individuelle Lernen sehr erfolgreich. Größere Kinder helfen kleineren. Mit „Kopf, Herz und Hand“ (wie in der preiswürdigen Montessori-Grundschule) vergrößert man seinen Erfahrungs- und Wissensraum – keine Frage: im Bertelsmann-Prospekt erscheinen die beschriebenen Lernorte als pädagogische Idyllen.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass es sich um Oasen handelt, in denen engagierte Lehrer, Eltern, örtliche Sozialeinrichtungen gut organisiert und harmonisch zusammenwirken. Es sind Grundschulen mit überschaubaren Schülerzahlen und einer sehr günstigen Lehrer-Schüler-Relation, die diesen Sonderweg der Inklusion gehen. (Im Internetauftritt der Waldhofschule in der Uckermark steht zu lesen: „zweieinhalb Planstellen für 17 Schüler. Traumbedingungen, wie die Lehrerinnen einräumen“.)

Welchen Lehrer würden solche Best-Practice-Beispiele nicht be- und anrühren? Wem öffnete sich nicht das Herz, wenn ihm solche Paradiese gezeigt werden würden?

Wenn das so gut ist, dann müssen alle das wollen. Schon haben sich die Politiker der Forderung nach „individueller Förderung“ und dem Ruf nach „Inklusion“ angeschlossen. Der „Bertelsmann-Effekt“ setzt ein, und alle wollen an die Spitze der Bewegung. Die fachliche Ausbildung kann vernachlässigt werden, wenn nur ein jeder auch als Förderlehrer seinen Mann steht. Eine Umschichtung steht an bei der Lehrerbildung. In Baden-Württemberg von der neuen Kultusministerin *Gabriele Warminski-Leitheußer* deutlich ausgesprochen, wird sie vom CDU-Vormann für Bildung, dem sächsischen Kultusminister *Roland Wöllner*, unterstützt: Die CDU-Bildungskommission, die Wöllner leitet, wird sonderpädagogische Ausbildungsinhalte als festen Bestandteil aller Lehramtsstudiengänge vorschlagen, nicht nur für die Förderlehrer. „Auf diese Weise sollen die Lehrer auf zunehmende Inklusion (gemeinsamen Unterricht mit Behinderten) vorbereitet werden“ (wie es in einer Pressemitteilung heißt).

Auch die *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* scheint sich dieser Zukunftsvision

verschieden zu haben, wie man u. a. einem Bericht über eine Veranstaltung in Rheinland-Pfalz entnehmen kann:

„Mit seinem Hauptvortrag begeisterte Prof. Dr. Hans Wocken von der Universität Hamburg mit vielen praktischen Beispielen und Filmausschnitten, in dem er aufzeigte, wie ein inklusiver Unterricht gestaltet werden kann. Die Kernbotschaft dabei war, dass die alte Form des Frontalunterrichts nicht nur ausgedient hat, sondern eine inklusive Unterrichtsgestaltung auch viele Vorteile für Lehrerinnen und Lehrer hat. Diese sind vorrangig dazu da, die Rahmenbedingungen für den Unterricht zu organisieren und zur Unterstützung bereit zu stehen. Je mehr Eigenverantwortung in die Hände der Schülerinnen und Schüler gelegt werden könne, desto besser lernten diese auch.“

Entsteht ein Sog, der jeden mitreißt?

Wie wichtig wäre es, auch einmal die Schwierigkeiten zu prüfen, die sich im Regelschulsystem ergeben und sich für die in ihm Beschäftigten stellen!

Muss nicht auch die Komponente der Leistungsorientierung im Blick bleiben, über die sechste Klasse hinaus?

Kann es nicht sein, dass die getrennte Beschulung auch Vorteile hat, die man nicht leichtfertig übersehen sollte? Die Waldhofschule war ursprünglich eine Behinderteneinrichtung, die auch für nicht-behinderte Kinder geöffnet wurde. In den anderen Schulen legt man Wert darauf zu betonen, dass ein das Schulleben maßgeblich mitbestimmender Anteil von Kindern aus „bildungsnahen Familien“ vorhanden ist. So fügt sich alles zum Guten, wie oft in ausgezeichneten Schulen. Aber wie wird es in der allgemeinen Praxis sein?

Hier wird es dann wohl heißen: Auf die Lehrer kommt es an!⁷⁾ Professor Dr. Ulf Preuss-Lausitz formuliert es in der Bertelsmann-Broschüre so: „In der Grundausbildung, also im Bereich Bachelor/Master, brauchen wir dringend ein Pflichtmodul zum Thema Heterogenität und Inklusion. Dieses Modul muss dann auch Punkte wie Kooperationsfähigkeit und Teamwork beinhalten. Gleiches gilt für die Praxis. Auch im Referendariat muss Inklusion so verankert werden, dass sie den Lehrernachwuchs auf den inklusiven Schulalltag vorbereitet.“

Darüber hinaus plädiert Preuss-Lausitz dafür, „dass in einem inklusiven Bildungssystem die schulinterne Fortbildung für das gesamte Lehrpersonal verpflichtend sein muss – ob nun allgemeine Lehrkraft, Sonderpädagoge oder Schulleitung“. Nach Preuss-Lausitz ist es wichtig, „dass die Schulentwicklung inklusiv wird“. In der Schule „müssen dauerhaft Sozialarbeiter und Sonderpädagogen verankert sein, die in die Schulleitung mit eingebunden sind und die Unterricht mitgestalten oder beraten: seien es Kollegen, Eltern oder Schüler“.

Wilfried Steinert, der ehemalige Schulleiter der Waldhofschule, sagt: „Für die Zukunft brauchen wir im Prinzip Inklusions-Coaches, die von speziellen Schulentwicklungsagenturen kommen und die die Schulen auf ihrem Weg zur 'Schule für alle' begleiten“.⁸⁾

⁷⁾ Ein Buchtitel von Michael Felten. Der Gymnasiallehrer für Kunst und Mathematik beschreibt, wie individuelle Förderung gestaltet werden kann, und zwar im konventionellen Unterricht, der auf Vielseitigkeit der Methoden aufbaut und keine Form der Unterweisung ausschließt. (Felten, Auf die Lehrer kommt es an! Gütersloh, 2010).

⁸⁾ Alle Zitate aus PodiumSchule (s.o.).

Sehr deutlich gibt das „Wikipedia“-Stichwort „Inklusion (Pädagogik)“ dem Gemeintenen Kontur:

„Die Idee der inklusiven Pädagogik besteht darin, keinen Schüler mehr als 'andersartig' anzusehen. Eine Klasse bildet eine Einheit vieler unterschiedlicher Schüler, die alle förderbedürftig sind. Für die inklusive Pädagogik gibt es keine normalen Schüler mehr, jeder Schüler ist Sonderschüler und dadurch wird der Sonderschüler zum normalen Schüler. Sonderschulen werden somit überflüssig, und die Sonderpädagogik wird der 'normalen' Pädagogik gleichgestellt: sie bilden eine Einheit. Statt verschiedener Schulen gibt es nur noch 'eine Schule für alle', die jeden individuell fördert und seine Interessen beachtet. Alle Schüler werden gemeinsam unterrichtet, ohne wenn und aber. Alle Pädagogen können alle Kinder unterrichten. Hilfestellungen dazu werden bei Bedarf bereitgestellt. Dies soll zu mehr Chancengleichheit, Gleichberechtigung und vor allem zu einem hohen Bildungsstandard führen.“

Weiter unten im Artikel heißt es:

„Um dieses neue Konzept der Pädagogik umsetzen zu können, müssen Lehrer anders ausgebildet werden. Die klassische Aufteilung in Gymnasial-, Real-, Haupt- und Sonderschullehrer entfällt, was eine grundlegende Überarbeitung der Lehrpläne in der Ausbildung der Lehrer erforderlich macht.“⁹⁾

Im Kampf für den Gemeinsamen Unterricht wird häufig ein UN-Dokument für die Rechte von Menschen mit Behinderungen herangezogen, das auch die Bundesrepublik Deutschland unterschrieben hat (Convention on the Rights of Persons with Disabilities, 2006).

Dieses Dokument dient den Befürwortern einer inklusiven Pädagogik im politischen Streit als moralische Waffe, ist es doch geradezu eine Pflicht, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen – ohne Diskriminierung, die an Äußerlichkeiten ansetzt. Man versteht die juristischen und administrativen Anstrengungen, um die UN-Konvention umzusetzen.

Freilich sollte man sie genau lesen und berücksichtigen, welchen vielgestaltigen Welthintergrund die *United Nations* dafür abgeben¹⁰⁾. Die naive Übernahme, die deutsche Rückständigkeit aufdecken und geißeln soll, erscheint in diesem Kontext fast als böse. Die Unterschrift bedeutet nämlich nicht das Eingeständnis eines Versäumnisses, sondern die Unterstützung für einen globalen Fortschritt in der Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderung. Es ist unredlich, einen anderen Eindruck zu vermitteln.

Mit dieser Unterschrift verbindet sich nämlich unbestreitbar auch der Vorsatz, die Förderung von Menschen mit Behinderungen auf ein Optimum hin weiterzuentwickeln. Wie das Optimum – oder das jeweils Beste aussieht – sollte einer offen sein, von Fürsorge, Gerechtigkeitsbewusstsein, Sachverstand und Nächstenliebe geprägten Abwägung anvertraut werden, die sich gewissenhaft jedem Einzelschicksal widmet.

Nimmt man diese Tugenden zum Maßstab des Handelns, dann ist nach menschlichem Ermessen dem Elternrecht, der staatlichen Aufsichtspflicht und dem Kindeswohl Genüge getan.

⁹⁾ Um zu erkennen, was Inklusion ist und wie die Forderung nach Inklusion begründet wird, lohnt es sich, diesen Wikipedia-Artikel ganz zu lesen.

¹⁰⁾ Siehe hierzu u.a. die Expertise von Dr. jur. Gisela Friesecke, Elternverein NRW e.V.

Kritik

Die neue Pädagogik klingt in der Theorie gut. Die Zahl der Befürworter wächst. Aktionsgruppen unterschiedlicher Provenienz schließen sich dem Ruf nach inklusiver Pädagogik an. So ergibt sich auf vielen Wegen eine allmählich um sich greifende Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die der Gesellschaft ein schlechtes Gewissen angesichts des gegenwärtigen Zustandes einpflanzt¹¹⁾. Das Bestehende ist schlecht und rückständig, eine Grundmelodie, die auch – wie gezeigt – der OECD-Angestellte Andreas Schleicher beim Bildungskongress zum Thema „Individuelle Förderung“ anstimmte (s.o.).

Wenn eine Neuerung so forciert wird, ist es umso wichtiger, sie auf die ihr selbst innewohnenden Probleme zu befragen und Schwierigkeiten ihrer Umsetzung nicht unbeachtet zu lassen.

Etwas Bestehendes am Idealzustand zu messen und für weniger gut zu befinden, das ist das eine, das andere ist: die Vision in



Inklusion um jeden Preis? – „Die Person selbst mit ihren inneren Schwierigkeiten und Konflikten wird zum Randthema. Vor allem tritt sie in ihrem Eigenwillen zurück, in ihrer Sperrigkeit, die eine tiefgehende über das Alltägliche hinausgehende Auseinandersetzung erfordert.“ (Prof. Dr. Bernd Ahrbeck)

gleicher Weise kritisch zu befragen wie die Wirklichkeit und nicht zu versuchen, sie durch Tugendterror und ungerechtfertigte Polemik gegen Andersdenkende durchzudrücken.

So ist es gut, dass der Berliner Rehabilitationswissenschaftler, *Professor Dr. Bernd Ahrbeck*, jüngst – im Frühjahr 2011 – eine Abhandlung mit dem Thema „Der Umgang mit Behinderung“ vorgelegt hat, die sich vieler Fragen der inklusiven Pädagogik annimmt.¹²⁾

Inklusion führt – Ahrbeck zufolge – zu einer grundlegenden Umorientierung im Umgang mit Behinderung. „Behinderung gilt (demnach) nur noch als eine Form der Besonderheiten, die im Rahmen einer fast unendlichen Vielfalt des Menschen auftritt“ (S. 8).¹³⁾ „Menschen mit Behinderungen verlieren dadurch an gezielter Aufmerksamkeit; sie werden unbedeutender, mutieren zu einem

nebensächlichen Phänomen. Das ist ausdrücklich so gewollt“ (S. 9). „Die Person selbst mit ihren inneren Schwierigkeiten und Konflikten wird zum Randthema. Vor allem tritt sie in ihrem Eigenwillen zurück, in ihrer Sperrigkeit, die eine tiefgehende über das Alltägliche hinausgehende Aus-

¹¹⁾ Der Vorgang erinnert an die Berichterstattung über die Hauptschule: Seit nahezu alle bildungspolitisch einflussreichen Kräfte die Hauptschule als eigenständige Schulform nicht mehr im Programm haben, hat die entsprechende Berichterstattung aufgehört.

¹²⁾ Bernd Ahrbeck, *Der Umgang mit Behinderung*, Stuttgart 2011.

¹³⁾ Siehe dazu sehr prononciert Katzenbach/Schroeder in der Zeitschrift „Inklusion“, 1/2007.

einandersetzung erfordert. Der allfällige und gutgemeinte Verweis auf die Normalität des Andersseins greift dabei ebenso zu kurz wie die Forderung nach Anerkennung von Vielfalt.“

Greift Ahrbeck mit diesen Sätzen eine zentrale Fragestellung auf, so gibt es auch viele Teilprobleme des Konzepts einer Pädagogik der Vielfalt zu diskutieren. Die empirischen Befunde, die der Integrationspädagogik nicht passen, werden entweder ignoriert¹⁴⁾, wenn sie aber – wie bei Wockens Resümee des Hamburger Schulversuchs – benannt werden¹⁵⁾, dann werden sie in Kauf genommen, weil „die Gemeinsamkeit aller Kinder das unumstößliche oberste Ziel“ ist (S. 44). „Die unbedingte Gemeinsamkeit aller Kinder gilt für die radikalen Inklusionsbefürworter als ein übergreifender Wert, hinter dem alle anders gelagerten Werte und kritischen Einwände zurückzustehen haben.“ (S. 45)

Man kann und darf nicht aufhören, nach Verbesserungen für die Situation von Menschen mit Behinderungen zu suchen – das sagt Ahrbeck unter Verweis auf die vielfach zur Unterstützung des Inklusionsbegehrens herangezogene UN-Konvention (s.o.).

„Problematisch wird es allerdings dann, wenn ein bestimmtes Verständnis von Inklusion, bei fachlich dissenter Begriffsdefinition, mit Absolutheitsanspruch vertreten wird und als nicht mehr dialogfähiger Wert auftritt. Das ist dann der Fall, wenn die bestehende Ordnung als grundlegendes Un-

recht aufgefasst und global als menschenrechtswidrig, wenn nicht gar menschenverachtend gekennzeichnet wird.“ (S. 46)

Ein anderer kritischer Aspekt ist der Ansatz der inklusiven Pädagogik im Hinblick auf die Ressourcen des Individuums, der davon ausgeht, Pädagogik bestehe darin, die „Stärken zu stärken“. Aber „die kindliche Entwicklung verläuft aufgrund ihrer inneren Logik weder problemlos noch geradlinig“.¹⁶⁾ „Es ist bedenklich, wenn ein einseitiger Blick propagiert wird, der von Schwächen und Defiziten nichts mehr wissen will (...). Dass etwas nicht vermocht wird, dass ein Mangel vorhanden ist, definierbare Störungen existieren und nicht mit leichten Mitteln aus der Welt zu schaffen sind – das ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen einer besonderen Zuwendung bedürfen und ein Recht auf eine spezielle Unterstützung haben, die über das übliche Maß hinausgeht. Mit der Nicht-Wahrnehmung dieser Defizite verbindet sich ... eine Verleugnung ihrer Bedürftigkeit und ihres Angewiesenseins auf Andere.“ (S. 93)

Man erkennt: „Individuelle Förderung“ findet nach Meinung der neuen Pädagogik ihre Vollendung in der „Inklusion“. Beide stimmen zusammen in einer Idealisierung mit unabsehbaren Folgen.

Eine ehrliche Antizipation von Schwierigkeiten könnte verhindern, dass die „goldene Fantasie“ (Ahrbeck S. 104)¹⁷⁾ an der Realität

¹⁴⁾ Ahrbeck zufolge bei Preuss-Lausitz (Ahrbeck S. 43/44).

¹⁵⁾ Wocken: „Die Negativbilanz der Integrativen Regelklassen ist in der Summe der Fakten bestürzend: weniger gymnasiale Empfehlungen, keine Reduktion von Sonderschulüberweisungen, durchgängiger Leistungsrückstand“. (Ahrbeck, S. 44).

¹⁶⁾ Was aber beispielsweise das Bertelsmann-Werbe-faltblatt für Inklusion (s.o.) vortäuscht.

¹⁷⁾ Den Begriff übernimmt Ahrbeck von Cohen: „Die 'goldene Fantasie' träumt von einem ungestörten Urzustand, in dem noch nichts Böses geschehen ist, es keine Verletzungen, Enttäuschungen und Kränkungen gibt und sich beide Seiten unschuldig fühlen. Diese Fantasie führt unweigerlich zu archaischen Rettungs- und Erlösungswünschen, die der Wirklichkeit nicht standhalten.“ (S. 93)

zerschellt und allseits Enttäuschung hinterlässt, wenn nicht Schlimmeres: – Opfer.

Appell

Was not täte in Deutschland: eine Verbindung herzustellen zwischen der differenzierten Bildungslandschaft, die mit ihrer Fülle an Schulformen variabel auf jede Situation eingestellt werden kann, und allgemeinen Bildungszielen, die zusätzlich zu den aktuellen Zwecken von Lehre und Ausbildung lebensnotwendig für den Erhalt eines gefestigten und humanen Staatswesens sind.

Manfred Fuhrmann spricht in seinem kleinen Büchlein „Bildung“ von „der Überzeugung, dass die allgemeine Bildung, d.h. die Verfügung über eine repräsentative Auswahl von Kenntnissen aus allen Bereichen der Kultur, eines der höchsten Ziele der menschlichen Existenz sei“.¹⁸⁾ Bildung habe den „Zweck, Tradition zu sichern“ (S. 6).

Er beklagt den „Prozess des schleichenden Traditionsverfalls“, der sich „in den letzten Jahrzehnten derart beschleunigt“ habe, dass man versucht sei, „ihn für ein Indiz einer Schwellenzeit zu halten, einer historischen Zäsur, wie sie Europa bislang nur selten erlebt hat“ (S. 5/6).

Seit dem Erscheinen des Büchleins ist nahezu wieder ein Jahrzehnt vergangen, und man darf sagen, dass die Beschleunigung zugenommen hat.

So möchte man an die Menschen appellieren: Beschäftigt euch mit all dem, „was in vielen Jahrhunderten, in anderen kulturellen Zusammenhängen und in anderen Epochen, von den klügsten Köpfen ihrer Zeit gedacht und geschrieben worden ist“!¹⁹⁾

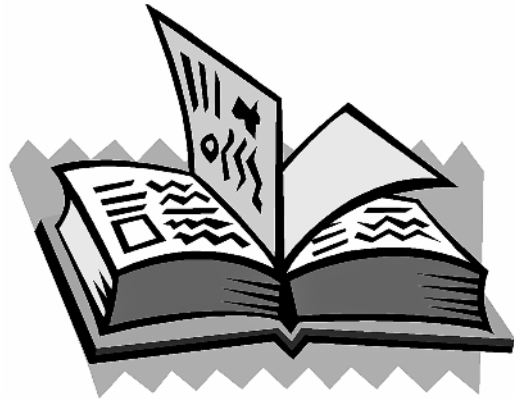
Baut eure Zukunft darauf!

Appell:

Pflegt das kulturelle Erbe Europas!

**Macht das vielgeschmähte
Bildungswissen wieder
zum inklusiven Lehrstoff!**

**Die Schulen sind
ein ausgezeichnete Ort dafür.**



¹⁸⁾ Fuhrmann, Bildung. Europas kulturelle Identität, Stuttgart 2002, S. 79.

¹⁹⁾ Fuhrmann, Bildung. Europas kulturelle Identität, S. 110.